

NACHRICHTEN

Thorberg-Direktor war nicht tragbar

STRAFVOLLZUG sda. Der Direktor der bernischen Strafanstalt Thorberg war tatsächlich untragbar, weil er sich mit Besuchen auf dem Bieler Drogenstrich erpressbar machte und die Anstalt zudem mangelhaft führte, wie der Bericht eines Strafvollzugsexperten nun zeigt.

Vasellas Rechte nicht verletzt

BUNDESGERICHT sda. In einem Artikel auf der Website des Vereins gegen Tierfabriken hat Erwin Kessler Tierversuche als Massenverbrechen bezeichnet, die von «Vasella und Konsorten» begangen würden. Die deshalb eingereichte Klage wegen Persönlichkeitsverletzung hat das Bundesgericht abgewiesen. Im Rahmen der Medien- und Meinungsäusserungsfreiheit sei es vertretbar, eine Ansicht auch provokativ und pointiert darzulegen, kam eine Mehrheit der Richter zum Schluss.

6 Prozent mehr Bezüger

SOZIALHILFE sda. Immer mehr Personen sind in der Schweiz auf Sozialhilfe angewiesen. 2012 stiegen die Kosten um 14 Prozent auf 2,4 Milliarden Franken, die Zahl der Bezüger erhöhte sich um 6 Prozent. Insgesamt wuchsen die Ausgaben für Sozialleistungen aber etwas moderater. Für all diese bedarfsabhängigen Leistungen, zu denen auch die Prämienverbilligung und die Ergänzungsleistungen zählen, gaben Bund, Kantone und Gemeinden 2012 gut 12,7 Milliarden Franken aus, 438 Millionen Franken oder 3,6 Prozent mehr als im Jahr zuvor. 2011 hatten die Ausgaben noch um 5,8 Prozent zugenommen.

Reizfigur Tim Guldemann tritt ab

BERLIN Tim Guldemann, Schweizer Botschafter in Berlin und OSZE-Sondergesandter für die Ukraine, tritt zurück. Er wurde harsch kritisiert – doch sein Abgang hat einen anderen Grund.

TOBIAS GAFAFER
schweiz@luzernerzeitung.ch

Die Schweizer Botschaft in Berlin liegt privilegiert zwischen Kanzleramt, Reichstagsgebäude und dem Hauptbahnhof. Sie gehört denn auch zu den wichtigsten diplomatischen Vertretungen der Schweiz. Nun kommt es an der Spree zu einer Rochade: Die Amtszeit von Botschafter Tim Guldemann läuft 2015 ab. Dies bestätigt Carole Wälti, Sprecherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), auf Anfrage. Der Posten sei intern ausgeschrieben worden.

Spitzendiplomat Guldemann, der bisweilen auch gerne undiplomatischen Klartext spricht, war unlängst mehrfach in die Kritik geraten. Bei einem Auftritt vor der SP in Zürich im Februar hatte er als Staatsbürger das Ja zur Einwanderungsinitiative scharf kritisiert. Wenn die Schweiz nicht zur Kartoffel werden solle, der die Augen erst aufgehen, wenn sie im Dreck stecke, brauche es eine neue Mitte-links-Allianz, sagte er laut Medienberichten. Die Schweiz leide an «Selbstverzweigung». Und das SP-Mitglied zitierte einen deutschen Politiker, welcher der Schweiz in Europa einen «Parasitenstatus» vorwarf.

SVP und USA verärgert

Die SVP wehrte sich gegen die Attacke. Und auch der frühere Botschafter in Washington, Carlo Jagmetti, griff zu einem ungewohnten Mittel – und las Guldemann per Leserbrief die Leviten. Die USA sind ebenfalls nicht besonders gut auf den Diplomaten zu sprechen, der zurzeit Son-



2015 verlässt Tim Guldemann sein Amt als Botschafter – nicht wegen der Kritik, sondern wegen seines Alters.

EPA/Herbert Pfarrhofer

dergesandter für die Ukraine ist, im Rahmen des Schweizer Vorsitzes der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Laut dem «Wall Street Journal» werfen ihm US-Diplomaten dabei einen zu russlandfreundlichen Kurs vor. Zudem hat Washington eine Episode

von 2003 nicht vergessen: Als Botschafter im Iran hatte Guldemann die USA mit seinem Vorpreschen für eine Lösung im Atomstreit verärgert. Zur Erinnerung: Bern nimmt in Teheran seit der Revolution von 1979 auch die US-Interessen wahr. EDA-Sprecherin Wälti betont jedoch, der Ab-

gang sei in keiner Weise mit «irgendeiner Kritik» an Guldemanns Person verbunden. Der Botschafter sei seit 2010 auf dem Posten in Berlin und stehe mit bald 64 Jahren vor der Pensionierung. Im EDA ist es üblich, dass Diplomaten rund vier Jahre in einem Land bleiben. Zudem stellten sich Ausussenminister Didier Burkhalter und Staatssekretär Yves Rossier stets hinter ihre Diplomaten, wenn diese in die Schlagzeilen gerieten.

Tschetschenien, Kosovo, Iran

Guldemann studierte unter anderem in Zürich, Mexiko und Nowosibirsk Politikwissenschaft. Er hat einen eindrucksvollen diplomatischen Parcours absolviert. Viele Krisen erlebte er aus nächster Nähe: In den 1990er-Jahren war er Missionschef der OSZE in Tschetschenien – und trug laut Berichten zum Kriegsende bei. Im Kosovo war er ebenfalls OSZE-Missionschef. Als Botschafter in Teheran war er ab 1999 für einen wichtigen Ausussenposten verantwortlich. Obwohl Guldemann mit seinem Versuch zur Lösung des Atomstreits scheiterte, könnte er rückblickend Recht bekommen: Der Iran und die P5+1 (USA, China, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Russland) verhandeln seit Monaten über eine Lösung. Eine Beilegung des Streits gilt zwar als schwierig, ist aber nicht ausgeschlossen.

Steuerstreit und Fluglärm

Als Botschafter in Berlin befasste sich Guldemann ebenso mit kniffligen Dossiers. Nachdem sich Bern und Berlin auf einen Steuerdeal geeinigt hatten, verteidigte er diesen in deutschen Talkshows. Das Abkommen scheiterte jedoch in Berlin. Die Lage hat sich dennoch beruhigt: Bern will den automatischen Informationsaustausch einführen, und viele deutsche Bankkunden haben mit Selbstanzeigen ihre Altlasten bereinigt. Der Fluglärmstreit harrt dagegen noch einer Lösung. Bisher hat bloss die Schweiz den Staatsvertrag ratifiziert. Für Beobachter ist derweil absehbar, dass der umtriebige Diplomat auch nach der Pensionierung nicht von der Bildfläche verschwinden wird.

FORUM

Eichhof-West wäre der beste Standort für die Metro

«Metro: Initianten wollen raschen Entscheid», Ausgabe vom 26. Juni

Warum denkt niemand an eine Metro Eichhof-West? Liegt es nicht auf der Hand, nach einem Standort zu suchen, der optimal erschlossen ist und innovative und ausbaufähige Lösungen bietet für weitere Verkehrsprobleme in der Stadt und Agglomeration? Pro Jahr pendeln zehn Millionen Krienserinnen und Krienser mit dem Bus der Linie 1. Da würde es sich doch geradezu anbieten, nach Synergien mit dem Areal Eichhof-West und dem neuen Zentrum Kriens zu suchen. Das Areal Eichhof-West liegt neben der Autobahnausfahrt und ist bestens erschlossen. Das alte Bahntras-

see der Zentralbahn Richtung Hauptbahnhof Luzern wäre teilweise schon vorhanden. Es bräuchte lediglich eine teilweise Untertunnelung von wenigen hundert Metern.

Weil mit den gemäss Studie 74 000 prognostizierten Cars pro Jahr und mit einer Parkgebühr von angenehmen 100 Franken total 7,4 Millionen Franken Einnahmen jährlich erwirtschaftet werden könnten, wäre für den Investor BVK auf dem Eichhof-West-Areal eine weit weniger aufwendige und weitaus rentablere Überbauung ohne Hochhaus realisierbar, ergänzt mit attraktiver Infrastruktur für ein Park and ride in die Stadt Luzern, aber auch als Entlastung für Grossanlässe auf der Allmend.

Und das Beste: Das neue Zentrum in Kriens könnte später durch eine Verlängerung dieser Metro via Schachenstrasse optimal erschlossen werden. Fahrzeit von Kriens-Zentrum zum Hauptbahnhof Luzern fünf Minuten, ausbaufähig nach Kriens-Obernau und – wer weiss – vielleicht einmal durch das Renggloch hindurch als Tangentiallinie bis nach Littau.

Mit einer Metro Eichhof-West würde im Gegensatz zum Parkhaus im Museggügel und zum Projekt Ibach nicht nur das Carproblem gelöst, sondern zusätzlich auch das Zentrum vom Busverkehr entlastet. Last, but not least würde der Tiefbahnhof Luzern mit jährlich geschätzten drei Millionen Touristen

und zehn Millionen Passagieren aus Kriens zusätzlichen Aufwand erhalten.

CHRISTOPH BUERKLI, LUZERN

LESERBRIEFE

Bitte fassen Sie sich kurz, damit möglichst viele Briefe Platz haben. Ihr Schreiben sollte höchstens 1800 Zeichen umfassen. Die Redaktion behält sich vor, Briefe zu kürzen oder nicht zu veröffentlichen. Anonyme Briefe publizieren wir nicht. Bitte geben Sie bei jedem Brief Ihre volle Adresse und Telefonnummer an.

Man sollte bei der Kultur sparen

«Mehr Geld für die Kulturförderung», Ausgabe vom 24. Juni

Erstaunt bin ich, dass man das Kulturbudget erhöht hat. Es kann nicht sein, dass man bei den anderen Departementen sparen muss, nur nicht bei der Kultur. Es muss endlich auch bei der Kultur gespart werden. Bei der Kultur wird am meisten überflüssiges Geld verlohnt.

Das Luzerner Theater und das Naturmuseum müssen geschlossen werden. Sie rentieren nicht und werden hauptsächlich durch den Steuerzahler bezahlt. Erstaunlich ist auch, dass die Studie, die man in Auftrag gegeben hat, nicht öffentlich zugänglich ist. Man muss annehmen, dass man den Politikern und dem Volk etwas verheimlichen will. Es ist anzunehmen, dass man bei der Kultur am meisten sparen kann. Ich erwarte, dass die Studie öffentlich zugänglich gemacht wird. Sollten die Politiker nicht endlich bei der Kultur sparen, so wird das Volk darüber abstimmen, wo und wie viel Geld bei der Kultur gespart wird.

PRISKA HÄLLER, EICH



Es braucht beides

Sonnenschein und Regentropfen gleichzeitig braucht es, damit man einen Regenbogen – wie hier in Eich – zu sehen bekommt.

Leserbild Marianne Schmid, Eich

Es war nicht nötig, diesen Flug durchzuführen

Zum Leserbrief «Sie würden noch leben», Ausgabe vom 25. Juni

Leser Jürgen Königer aus Stansstad sieht das richtig! Die beiden Personen in der abgestürzten F/A-18 könnten noch am Leben sein. Kommt hinzu, dass teures Gerät unnötig geschrottet wurde.

Es bestand an jenem Tag absolut keine Notwendigkeit, diesen Flug durchzuführen. Jeder Pilot lernt bereits in der Ausbildung, dass Umkehrkurven bei schlechter Sicht und sowieso in einem von Bergen umgebenen Gebiet tödlich sein können. Natürlich kann mit einer leistungsstarken Maschine wie einer F/A-18 ein Notaufstieg durch die Wolkendecke geflogen werden. Einzige Bedingung: Der Entschluss muss zwingend rechtzeitig gefasst werden. Im Fall des Lopper-Unglücks wurde die

Lage nur von einem Piloten richtig eingeschätzt. Ganz klar ein Pilotenfehler.

Das Unfallgeschehen jedoch nahm seinen fatalen Anfang mit dem Befehl an die Piloten, obwohl die Führungsstelle sehr wohl über die Risiken bei Schlechtwetter Bescheid weiss. Konsequenterweise müssten die internen Abläufe bei der Luftwaffe hinterfragt werden.

Darüber wird der Steuerzahler wohlweislich nicht informiert. Es wird nicht der letzte Unfall mit teurem Gerät gewesen sein, denn in den militärischen Führungsstellen verschantet man sich gerne hinter dem «Auftrag», den die Luftwaffe zu erfüllen habe. Wie – das geht den Bürger nichts an. Murphy's Gesetz («Alles, was schiefehen kann, wird auch schiefehen», die Red.) wird seinen Lauf nehmen und sich gelegentlich wieder in Erinnerung rufen.

WALTER E. DIETLER, ROTHENBURG